

Kreis Steinburg
 Bauamt
 - Vergabestelle -
 Karlstraße 13
 25524 Itzehoe

Bewerber:

Antrag auf Teilnahme am Verhandlungsverfahren

Baumaßnahme:	Neubau der Kreisverwaltung Steinburg
in:	Itzehoe
Leistung:	Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI

Informationen zum Teilnahmeantrag am Verhandlungsverfahren

Verfahrensart:	Verhandlungsverfahren mit vorheriger öffentlicher Aufforderung zur Teilnahme (Teilnahmewettbewerb) gem. § 17 VgV
Einreichtermin:	Die Unterlagen sind bis zum 11.07.2017 um 11.00 Uhr in einem verschlossenen Umschlag, gekennzeichnet mit dem in der Anlage beigefügten, roten Aufkleber einzureichen.
Einreichort:	Kreisverwaltung Steinburg Karlstraße 13 z. H. Herrn Traetow (Vergabestelle) 25524 Itzehoe Deutschland

Anlagen:	Antrag auf Teilnahme am Verhandlungsverfahren (Teilnahmeantrag)
	Anlage zu 1A (Vordruck)
	Anlage zu 1B (Vordruck)
	Anlage zu 1C (Vordruck)
	Anlage zu 1D (Vordruck)
	Anlage zu 1E (Vordruck)
	Anlage zu 1F (Vordruck)
	Anlage zu 1G (Vordruck)
	Vorlage zur Kennzeichnung des Umschlags der Bewerbung

Es wird darum gebeten, die Bewerbungsunterlagen nicht auf Fotopapier zu drucken und **ungebunden** (keine Ringbindung) einzureichen.

Bewerbungsbogen

Bewerbung für Leistungen

Objektplanung gem. § 51 HOAI

Bitte ankreuzen	BEWERBUNG ALS
<input type="checkbox"/>	Tragwerksplaner alle Leistungen werden im eigenen Haus erbracht.
<input type="checkbox"/>	Tragwerksplaner in Bietergemeinschaft Es muss eine von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft unterschriebene Erklärung vorgelegt werden: <ul style="list-style-type: none"> (A) in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall und die Aufrechterhaltung derselben für die Dauer des Vertrages erklärt ist, (B) in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der/die für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter/in bezeichnet ist, (C) in der erklärt wird, dass alle Mitglieder im Auftragsfalle als Gesamtschuldner haften. Die Anlage 1E des Bewerbungsbogens ist als Erklärung ausreichend. Zusätzlich ist die Anlage 1F auszufüllen und abzugeben.
<input type="checkbox"/>	Tragwerksplaner mit Unterauftragnehmern Es sind Angaben gem. § 36 VgV zur Unterbeauftragung erforderlich. Eine vom Unterauftragnehmer unterschriebene Erklärung über die Leistungsbereitstellung im Auftragsfalle während des Projektzeitraums ist notwendig. Diese ist dem Bewerbungsbogen gesondert als Anlage 1G beizufügen. Alle Unterauftragnehmer sind in Anlage 1B zusammengefasst zu benennen.
<ul style="list-style-type: none"> • Änderungen und Erweiterungen in den vorgegebenen Texten sind nicht zulässig. • Die ausgefüllten Formulare sind mit den Anlagen in Papierform in einem geschlossenen Umschlag mit dem anliegenden Aufkleber zu kennzeichnen und einzureichen. 	
Name des Büros/Unternehmens/der Bietergemeinschaft:	
Bevollmächtigter Vertreter:	
Adresse	Straße/Hausnr.:
	PLZ/Ort:
	Land:
	Telefon:
	Fax:
	E-Mail:
	Internet:
Kurze Beschreibung und Schwerpunkt der Tätigkeit.	

Weitere Mitglieder bei Bietergemeinschaften bzw. Unterbeauftragungen

Name des Büros/Unternehmens:		
Bevollmächtigter Vertreter:		
Adresse	Straße/Hausnr.:	
	PLZ/Ort:	
	Land:	
	Telefon:	
	Fax:	
	E-Mail:	
	Internet:	
Kurze Beschreibung, Art der Zusammenarbeit und Funktion/Tätigkeitsfeld		

Name des Büros/Unternehmens:		
Bevollmächtigter Vertreter:		
Adresse	Straße/Hausnr.:	
	PLZ/Ort:	
	Land:	
	Telefon:	
	Fax:	
	E-Mail:	
	Internet:	
Kurze Beschreibung, Art der Zusammenarbeit und Funktion/Tätigkeitsfeld		

Bei weiteren Mitgliedern einer Bietergemeinschaft bzw. bei weiteren unterbeauftragten Unternehmen können weitere Felder zur Angabe gemäß obiger Vorlage eingefügt werden.

1 Rechtslage

1A Erklärung zu den Ausschlussgründen

Eigenerklärung darüber, dass keiner der in den §§ 123, 124 GWB genannten Ausschlussgründe auf den Bewerber zutreffen, liegt als **Anlage 1A** (Vordruck) diesem Bewerbungsbogen bei.

Die Abgabe der Anlage 1A ist zwingend erforderlich!

1B Erklärung zu wirtschaftlichen Verknüpfungen/zur Zusammenarbeit

Eine Erklärung zur wirtschaftlichen Verknüpfung/zur Zusammenarbeit liegt als **Anlage 1B** (Vordruck) diesem Bewerbungsbogen bei.

Abgabe der Anlage 1B ist zwingend erforderlich!

1C Erklärung zur Tariftreue und Zahlung eines Mindestlohns

Eine Erklärung zur Tariftreue und Zahlung eines Mindestlohns gem. § 4 Tariftreue- und Vergabegesetz Schleswig-Holstein (TTG) liegt als **Anlage 1C** (Vordruck) diesem Bewerbungsbogen bei.

Abgabe der Anlage 1C ist zwingend erforderlich!

1D Erklärung über die ordnungsgemäße Entrichtung von Steuern und Sozialabgaben

Eine Erklärung über die ordnungsgemäße Zahlung von Steuern und Sozialabgaben liegt als **Anlage 1D** (Vordruck) diesem Bewerbungsbogen bei. Einzelnachweise werden mit der Aufforderung zur Abgabe der Honorarangebote abgefordert.

Die Abgabe der Anlage 1D ist zwingend erforderlich!

1E Vollmacht des Vertreters im Falle einer Bietergemeinschaft (falls zutreffend)

Eine Erklärung über die Bevollmächtigung eines Vertreters der Bietergemeinschaft sowie über die gesamtschuldnerische Haftung im Auftragsfalle liegt als **Anlage 1E** (Vordruck) diesem Bewerbungsbogen bei.

Im Falle einer Bietergemeinschaft ist die Abgabe der Anlage 1E zwingend erforderlich!

1F Angaben zu Auftragsanteilen im Falle einer Bietergemeinschaft (falls zutreffend)

Eine Erklärung über die Auftragsanteile der einzelnen Mitglieder der Bietergemeinschaft im Auftragsfalle liegt als **Anlage 1F** diesem Bewerbungsbogen bei (Vordruck).

Im Falle einer Bietergemeinschaft ist die Abgabe der Anlage 1F zwingend erforderlich!

1G Erklärung zur Leistungsbereitstellung im Auftragsfall (falls zutreffend)

Eine Erklärung der Leistungsbereitstellung im Auftragsfalle der einzelnen Unterauftragnehmer liegt als **Anlage 1G** (Vordruck) diesem Bewerbungsbogen bei.

Im Falle einer Unterbeauftragung ist die Abgabe der Anlage 1G zwingend erforderlich!

Die Erklärungen zu 1A, 1B, 1C, 1D und falls zutreffend 1E, 1F und 1G können mittels der dem Bewerbungsbogen beigelegten Vordrucke erbracht werden. Die Erklärungen **1A, 1B, 1C und 1D** sind von **jedem Mitglied einer Bietergemeinschaft bzw. auch von möglichen Unterauftragnehmern** zu erbringen. Die Erklärung zu **1E** bei Bietergemeinschaften ist einfach mit allen Unterschriften zu erbringen. Die Erklärung **1F** ist bei Bietergemeinschaften ebenfalls einfach zu erbringen und vom bevollmächtigten Vertreter zu unterzeichnen. Die Erklärung **1G** ist von jedem Unterauftragnehmer zu erbringen.

2 Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit gem. § 45 VgV

2A Nachweis über eine Berufshaftpflichtversicherungsdeckung

§ 45 (1) 3.	Aktueller Nachweis des Versicherers über die Bereitstellung bzw. Anpassung im Auftragsfall für folgende Deckungssummen liegt vor:		Versicherungsbescheinigung als Anlage 2A liegt dem Bewerbungsbogen bei. <u>Zwingend erforderlich!</u>
	Personenschäden:	Im Auftragsfall 1.500.000 Euro (2-fach maximiert)	
	Sach- u. Vermögensschäden:	Im Auftragsfall 500.000 Euro (2-fach maximiert)	

Ein maximal zwölf Monate alter Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung oder einer entsprechenden Bankerklärung ist in Kopie dem Bewerbungsbogen als Anlage 2A beizufügen. Eine Zusage der Anpassung der Versicherungssummen auf den gewünschten Betrag durch den Versicherer ist als Nachweis zulässig. Der Nachweis ist von **jedem** Mitglied einer Bietergemeinschaft zu erbringen.

2B Erklärung über den Umsatz des Bewerbers in den letzten drei Jahren

§ 45 (1) 1.	TEILUMSATZ Leistung § 51 HOAI	Unternehmen 1 Leistung § 51 HOAI	Unternehmen 2 Leistung § 51 HOAI
Name des Büros/Unternehmens bei Bietergemeinschaften oder unterbeauftragten Büros angeben	Summe aller Mitglieder inklusive Unterbeauftragungen	<i>Bitte Büronamen eintragen</i>	<i>Bitte Büronamen eintragen</i>
2014			
2015			
2016			
Durchschnitt			

Die Umsatzzahlen der vergangenen drei Geschäftsjahre sind für den Bewerber und für **jedes** Mitglied einer Bietergemeinschaft bzw. für **jede** vorgesehene Unterbeauftragung gesondert in obiger Tabelle aufzuführen und zu addieren. Bei weiteren Mitgliedern kann die Tabelle entsprechend um weitere Spalten erweitert werden. Der **durchschnittliche Jahresteilumsatz (Leistungsbereich gem. § 51 HOAI) muss mind. 300.000 € (Netto)** erreichen.

3 Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit gem. § 46 VgV

3A Nachweis der beruflichen Befähigung und Erlaubnis der Berufsausübung § 46 (3) 6 VgV

PROJEKTLEITER/IN – Ingenieur/-in für die Leistungen der Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI			
Name			
Büro/Unternehmen			
Geforderte Berufsqualifikation gem. § 75 (2) VgV entspricht Ingenieur/-in	Kammer:	Nr.:	Bescheinigung als Anlage 3A1 liegt bei. <u>Zwingend erforderlich!</u>
Berufsbezeichnung			
Datum und Art des Hochschulabschlusses			
Hochschule			

Es ist ein qualifizierter Projektleiter in dem angegebenen Leistungsbereich zu benennen, der die Leistung auch tatsächlich ausführen soll. Bei Bietergemeinschaften oder Unterbeauftragungen ist die Unternehmenszugehörigkeit anzugeben.

3B Bestätigung der Referenzen durch den Bauherrn, § 46 (1), (3) 1 VgV

Eine Bestätigung der Referenzen ist den Unterlagen als Anlage beigefügt. Die Referenz bzw. Beurteilung der Leistung durch den Bauherren muss mindestens eine befriedigende Qualität der Arbeit bestätigen – bezogen auf die in 3C1-2 dargestellten Referenzen	
Referenz 1 Beurteilung der Qualität der Arbeiten durch den Bauherren über mind. befriedigende Qualität	<input type="checkbox"/> Referenz liegt vor Schreiben als Anlage 3B1 beigefügt <u>Zwingend erforderlich!</u>
Referenz 2 Beurteilung der Qualität der Arbeiten durch den Bauherren über mind. befriedigende Qualität	<input type="checkbox"/> Referenz liegt vor Schreiben als Anlage 3B2 beigefügt <u>Zwingend erforderlich!</u>

3C Nachweis der erbrachten Leistung gem. § 46 (3) 1. VgV

1	detailliert vorgestelltes Referenzprojekt Leistungsbereich gem. § 51 HOAI	Projektbeschreibung als Anlage 3C1 liegt bei. Zwingend erforderlich!	
	Objektbezeichnung/Projektbezeichnung	Planungszeitraum	
		von	bis
	Projektleiter/verantwortlicher Mitarbeiter	Ausführungszeitraum	
		von	bis
	Kurzbeschreibung Bitte machen Sie an dieser Stelle die textlichen Ausführungen zum Projekt. Bitte legen Sie dabei besonderes Augenmerk auf die im Auswahlbogen unter Abschnitt 3 aufgeführten Auswahlkriterien.	Leistungsphasen gem. § 51 HOAI	
		Baukosten gem. DIN 276 KG 300 + 400 (netto)	
		BGFa gem. DIN 277	
		Verwaltungs- / Bürogebäude	
		ja	nein
		Öffentlicher Auftraggeber	
		ja	nein
		Tiefgründung	
		ja	nein
	Massivbau mit offenem Grundriss und große Deckenspannweiten		
Auftraggeber mit Ansprechpartner	ja	nein	
	Referenzschreiben / Beurteilung durch den Bauherren bestätigt eine gute oder sehr gute Arbeit		
	gut	sehr gut	

2	detailliert vorgestelltes Referenzprojekt Leistungsbereich gem. § 51 HOAI	Projektbeschreibung als Anlage 3C2 liegt bei. Zwingend erforderlich!	
	Objektbezeichnung/Projektbezeichnung	Planungszeitraum	
		von	bis
	Projektleiter/verantwortlicher Mitarbeiter	Ausführungszeitraum	
		von	bis
	Kurzbeschreibung Bitte machen Sie an dieser Stelle die textlichen Ausführungen zum Projekt. Bitte legen Sie dabei besonderes Augenmerk auf die im Auswahlbogen unter Abschnitt 3 aufgeführten Auswahlkriterien.	Leistungsphasen gem. § 51 HOAI	
		Baukosten gem. DIN 276 KG 300 + 400 (netto)	
		BGFa gem. DIN 277	
		Verwaltungs-/ Bürogebäude	
		ja	nein
		Öffentlicher Auftraggeber	
		ja	nein
		Tiefgründung	
	ja	nein	
	Massivbau mit offenem Grundriss und große Deckenspannweiten		
Auftraggeber mit Ansprechpartner	ja	nein	
	Referenzschreiben / Beurteilung durch den Bauherren bestätigt eine gute oder sehr gute Arbeit		
	gut	sehr gut	

Als Anlagen 3C1 bis 3C2 sind beizufügen:

1. je 1 zusätzliches Projektblatt für die Referenzen 1 und 2 in DIN A3 Größe
Mindestangaben beinhalten:
 - Projektname
 - Darstellung und Erläuterung in Bild und Text
2. Referenzschreiben/Beurteilung des Auftraggebers jeweils für Referenz 1 und Referenz 2.

Es sind zwei detailliert vorgestellte Referenzen pro Bewerber oder Bietergemeinschaft anzugeben. Referenzen von Unterauftragnehmern können verwendet werden. Die maximal zulässige Anzahl an detailliert vorgestellten Referenzen erhöht sich dadurch nicht! Es ist klar darzustellen, welchem Unternehmen die Referenz zuzuordnen ist. Die Unternehmenszugehörigkeit der verantwortlichen Projektleiter ist anzugeben. Bitte achten Sie darauf, die Referenzen so darzustellen, dass eine Bewertung der vergleichbaren angestrebten Qualität möglich ist.

3D Angaben zur Beschäftigtenzahl in den letzten drei Jahren gem. § 46 (3) 8. VgV

	Ingenieur § 51 HOAI	sonstige Ingenieure	sonstige Mitarbeiter
2014 Summe:			
<i>Name des Unternehmens 1</i>			
<i>Name des Unternehmens 2</i>			
<i>Name des Unternehmens 3</i>			
2015 Summe:			
<i>Name des Unternehmens 1</i>			
<i>Name des Unternehmens 2</i>			
<i>Name des Unternehmens 3</i>			
2016 Summe:			
<i>Name des Unternehmens 1</i>			
<i>Name des Unternehmens 2</i>			
<i>Name des Unternehmens 3</i>			
Durchschnitt der letzten 3 Jahre			

Im Falle von Bietergemeinschaften oder Unterbeauftragungen sind die Mitarbeiterzahlen in Summe und getrennt voneinander anzugeben. Die Tabelle kann bei Bedarf um weitere Zeilen erweitert werden. Es sind im Durchschnitt der letzten drei Jahre mind. 3 festangestellte Ingenieure (mind. FH-Abschluss) nachzuweisen. Bietergemeinschaften können gemeinsam gezählt werden.

4 Liste aller Anlagen und Teilnahmeantrag

Anlage 1A - Anzahl Blätter (bitte angeben):
Anlage 1B - Anzahl Blätter (bitte angeben):
Anlage 1C - Anzahl Blätter (bitte angeben):
Anlage 1D - Anzahl Blätter (bitte angeben):
Anlage 1E - (falls zutreffend) - Anzahl Blätter (bitte angeben):
Anlage 1F - (falls zutreffend) - Anzahl Blätter (bitte angeben):
Anlage 1G - (falls zutreffend) - Anzahl Blätter (bitte angeben):

Ich/Wir beantragen die Teilnahme am Verhandlungsverfahren zur Vergabe der Leistungen:

<input type="checkbox"/>	<ul style="list-style-type: none"> • Leistungsphasen 1 bis 3 Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI und als optionale stufenweise Beauftragung durch Bestimmung des AG • Leistungsphasen 4 bis 6 der Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI
--------------------------	---

Mit meiner/unsere(r) Unterschrift versichere ich/versichern wir,

- dass alle gemachten Angaben in dem Bewerbungsbogen und in den beigefügten Anlagen der Wahrheit entsprechen.
- dass ich/wir damit einverstanden bin/sind, dass meine/unsere Daten zwecks Abwicklung von bestehenden oder zukünftigen Vertragsverhältnissen mit dem Auftraggeber mittels EDV unter Beachtung des einschlägigen Datenschutzgesetzes verarbeitet werden. Eine Weitergabe der Daten erfolgt nur im Rahmen von bestehenden Vorschriften.
- dass ich/wir bereit sind, die Abwicklung des Projekts über einen Projektraum zu unterstützen und unentgeltlich hieran mitzuwirken.

Ort:		Datum:	
------	--	--------	--

Rechts- verbindliche Unterschrift/en (Vertretungs- berechtigter des Bewerbers):	
	(Name/n in Druckbuchstaben)

Partnerschaft:

Ich erkläre/Wir erklären, dass ich/wir einer Partnerschaft im Sinne von § 1 Abs. 1 des Partnerschaftsgesellschaftsgesetzes

angehören		nicht angehören	
-----------	--	-----------------	--

Alle Unterschriften müssen eigenhändig im eingereichten Original erfolgen! Kopien oder Ausdrücke von Unterschriften können nicht akzeptiert werden. Dies gilt auch für die Anlagen 1A-1G.

Anlage zu 1A Nachweise des Nichtvorliegens von Ausschlusskriterien gem. §§ 123 und 124 GWB

Ich versichere mit meiner Unterschrift an Eidesstatt, dass folgende Ausschlusskriterien nach § 48 VgV und §§ 124, 125 GWB gegen mich/uns <u>nicht</u> vorliegen (bitte ankreuzen):			
§ 123 (1)	Eine rechtskräftige Verurteilung oder eine rechtskräftige Festsetzung einer Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten wegen:	Liegt <u>nicht</u> vor	Liegt vor
§ 123 (1) 1.	§ 129 des Strafgesetzbuches (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuches (Bildung terroristischer Vereinigungen), § 129b des Strafgesetzbuches (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland)		
§ 123 (1) 2.	§ 89c des Strafgesetzbuches (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen		
§ 123 (1) 3.	§ 261 des Strafgesetzbuches (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte)		
§ 123 (1) 4.	§ 263 des Strafgesetzbuches (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der EG oder gegen Haushalte richtet, die von der EG oder in ihrem Auftrag verwaltet werden		
§ 123 (1) 5.	§ 264 des Strafgesetzbuches (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der EG oder gegen Haushalte richtet, die von der EG oder in ihrem Auftrag verwaltet werden		
§ 123 (1) 6.	§ 299 des Strafgesetzbuches (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr)		
§ 123 (1) 7.	§ 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern)		
§ 123 (1) 8.	den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete)		
§ 123 (1) 9.	Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung Internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr)		
§ 123 (1) 10.	den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels)		
§ 123 (4) 1.	Das Unternehmen hat seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht erfüllt.		
§ 124	Weitere Ausschlussgründe	Liegt <u>nicht</u> vor	Liegt vor
§ 124 (1) 1.	Bei der Ausführung öffentlicher Aufträge wurde gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen.		
§ 124 (1) 2.	Das Unternehmen ist zahlungsunfähig, über das Vermögen des Unternehmens wurde ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet, die Eröffnung eines solchen Verfahrens wurde mangels Masse abgelehnt. Das Unternehmen befindet sich im Verfahren der Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt.		
§ 124 (1) 3.	Das Unternehmen hat im Rahmen der beruflichen Tätigkeit eine schwere Verfehlung begangen.		
§ 124 (1) 8.	Das Unternehmen hat in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten		
§ 125	Selbstreinigung	Liegt <u>nicht</u> vor	Liegt vor
§125 (1)	Im Fall des Vorliegens von Ausschlussgründen nach § 123 oder § 124 GWB: Erklärung, ob und welche Maßnahmen der Bewerber zur Selbstreinigung nach § 125 GWB getroffen hat.		
Ich versichere mit meiner Unterschrift an Eidesstatt die Richtigkeit aller Angaben.			
Ort		Datum	
Rechtsverbindliche Unterschrift:			

Anlage zu 1B - Erklärung zu wirtschaftlichen Verknüpfungen/zur Zusammenarbeit

Angaben zum Bewerber gem. § 6 VgV		
	Wirtschaftliche Verknüpfung mit <u>anderen</u> Unternehmen? (Gesellschaftsrechtliche Verbindungen)	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
	Gesellschaft/Inhaber	Anteile (%)
	Zusammenarbeit mit <u>anderen</u> in auf den Auftrag bezogener relevanter Weise ? (Unterbeauftragungen)	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
	Falls Ja, in welcher Weise (bitte angeben): Unternehmen/Büro und Leistungsbereiche im Auftragsfalle	Erklärung zur Bereit- stellung der Leistung im Auftragsfalle liegt als Anlage 1G bei:
		<input type="checkbox"/> Ja

Ich versichere mit meiner Unterschrift an Eidesstatt die Richtigkeit aller Angaben und dass ich bzw. mein Unternehmen im Auftragsfalle die Leistungen unabhängig von Ausführungs- oder Lieferinteressen durchführe.

(Ort / Datum)

(Firmenstempel / Name und Unterschrift)

Anlage zu 1C – Verpflichtungserklärung zur Tariftreue und Zahlung von Mindestentgelten bei einem geschätzten Auftragswert ab netto 15.000 Euro
Tariftreue- und Vergabegesetz Schleswig-Holstein vom 31.05.2013 - TTG (GVBl. Schl.-H. S. 239)

Es wird darauf hingewiesen, dass sich die Verpflichtungserklärung gemäß § 4 Absatz 3 Satz 1 des Tariftreue- und Vergabegesetzes Schleswig-Holstein (TTG) hinsichtlich der Zahlung des vergaberechtlichen Mindestlohns von 9,99 Euro/Std. nicht auf Beschäftigte bezieht, die bei einem Bieter oder Nachunternehmer im EU-Ausland tätig sind und die Leistung ausschließlich im EU- Ausland erbringen.

Namens und im Auftrag der Firma	
Name / Anschrift	
1) Bevorzugte Bieterin bzw. bevorzugter Bieter (Zutreffendes bitte ankreuzen)	
Ich erkläre / Wir erklären,	
<input type="checkbox"/>	bevorzugte Bieterin bzw. bevorzugter Bieter gemäß §§ 141 S. 1 und 143 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) - Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen - zu sein. In diesem Fall findet § 4 Abs. 3 Tariftreue- und Vergabegesetz Schleswig-Holstein (TTG) keine Anwendung (vgl. Ziff. 2b). Weitere Angaben sind unter Ziff. 2c) und 2d) nicht erforderlich
<input type="checkbox"/>	kein(e) bevorzugte Bieterin bzw. bevorzugter Bieter gemäß §§ 141 S. 1 und 143 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) - Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen - zu sein. Soweit das der Fall ist, sind weitere Angaben unter Ziff. 2c) und 2d) erforderlich.
(§ 4 Abs. 6 TTG)	
2 Verpflichtung zur Zahlung von Mindestentgelten	
a) Ich verpflichte mich/Wir verpflichten uns, für Leistungen, deren Erbringung dem Geltungsbereich des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes vom 20.04.2009 (BGBI. I S. 799) in der jeweils geltenden Fassung unterfällt , meinen/unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei der Ausführung des Auftrags wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die durch einen bundesweit für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag oder eine nach den §§ 7 oder 11 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes erlassene Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben worden ist. Dies gilt entsprechend für Mindestentgelte, die aufgrund der Vorschriften des Mindestarbeitsbedingungengesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 802-2, veröffentlichten bereinigten Fassung für den jeweiligen Wirtschaftszweig in der jeweils geltenden Fassung festgesetzt worden sind (§ 4 Abs. 1 TTG).	
b) Ich verpflichte mich/Wir verpflichten uns, für Leistungen, deren Erbringung nicht dem Geltungsbereich des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes vom 20.04.2009 (BGBI. I S. 799) in der jeweils geltenden Fassung unterfallen, meinen/unseren Beschäftigten (ohne Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten, Hilfskräfte und Teilnehmende an Bundesfreiwilligendiensten) bei der Ausführung der Leistung wenigstens ein Mindeststundenentgelt von 9,99 Euro (brutto) zu zahlen (§ 4 Abs. 3 S. 1 TTG).	
c) Art der tariflichen Bindung (Zutreffendes bitte ankreuzen bzw. ausfüllen)	
<input type="checkbox"/>	Für mein/unser Unternehmen liegt eine tarifliche Bindung vor. Die tarifliche Bindung ist von folgender Art <div style="border: 1px solid black; height: 30px; width: 100%; margin-top: 5px;"></div>
<input type="checkbox"/>	Für mein/unser Unternehmen besteht keine tarifliche Bindung.
(§ 4 Abs. 3 S. 2 TTG)	

<p>d) Höhe der im Rahmen der Auftragsdurchführung zu zahlenden Stundensätze (Bitte Ausfüllen) Für die im Rahmen dieser Auftragsdurchführung eingesetzten Beschäftigten zahle ich/zahlen wir folgende Mindeststundenentgelte (Bitte tatsächlich zu zahlende Stundensätze eintragen)</p> <div style="border: 1px solid black; height: 20px; width: 100%;"></div> <p>(§ 4 Abs. 3 S. 2 TTG)</p>
<p>e) Ich verpflichte mich/Wir verpflichten uns, soweit die Voraussetzungen von mehr als einer der unter Buchst. a) und b) getroffenen Regelungen erfüllt sind, für meine/unsere Beschäftigten die jeweils günstigste Regelung anzuwenden (§ 4 Abs. 4 TTG).</p>
<p>f) Ich verpflichte mich/Wir verpflichten uns dafür zu sorgen, dass Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter im Sinne des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. Februar 1995 (BGBl. I S. 158) in der jeweils geltenden Fassung bei der Ausführung der Leistung für die gleiche Tätigkeit ebenso entlohnt werden wie meine/unsere regulär Beschäftigten (§ 4 Abs. 5 TTG).</p>

<p>3 Nachunternehmer und Verleiher von Arbeitskräften Ich verpflichte mich/Wir verpflichten uns,</p>
<p>a) für den Fall, dass die übernommenen Leistungen durch Nachunternehmer ausgeführt oder entliehene Arbeitskräfte beschäftigt werden, auch von meinen/unsere Nachunternehmern und den Verleihern von Arbeitskräften eine Verpflichtungserklärung im Sinne des § 4 TTG abgeben zu lassen. Ich erkläre/Wir erklären, dass sich diese Verpflichtung entsprechend auf alle weiteren Nachunternehmer des Nachunternehmers erstreckt (§ 9 Abs. 1 TTG),</p>
<p>b) meine / unsere Nachunternehmer und Verleiher von Arbeitskräften sorgfältig auszuwählen (§ 9 Abs. 2 S. 1 TTG),</p>
<p>c) die Angebote der Nachunternehmer und Verleiher von Arbeitskräften daraufhin zu überprüfen, ob sie auf der Basis der nach § 4 TTG maßgeblichen tarifvertraglichen Mindestarbeitsentgelte und Mindestarbeitsbedingungen bzw. mindestens auf Basis des festgelegten vergabespezifischen Mindestlohns kalkuliert sein können (§ 9 Abs. 2 S. 2 TTG),</p>
<p>d) die von den Nachunternehmern und Verleihern von Arbeitskräften abgegebene Verpflichtungserklärung gemäß § 4 TTG dem Auftraggeber vorzulegen (§ 9 Abs. 3 Nr. 1 TTG),</p>
<p>e) bei Vertragslaufzeiten von länger als drei Jahren von den Nachunternehmern und Verleihern von Arbeitskräften jeweils mit Ablauf von drei Jahren nach Vertragsschluss zur Weitergabe an den Auftraggeber eine Eigenerklärung des Inhalts zu verlangen, ob die Bedingungen der abgegebenen Erklärung gemäß § 4 TTG nach wie vor eingehalten werden (§ 9 Abs. 3 Nr. 2 TTG),</p>
<p>f) Nachunternehmer davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt (§ 9 Abs. 3 Nr. 3 TTG),</p>
<p>g) bei der Weitergabe von Bauleistungen an Nachunternehmer die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB), Teil B, Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB/B) in der Fassung vom 31. Juli 2009 (BAnz. Nr. 155 a vom 15. Oktober 2009), zuletzt geändert durch Bekanntmachung vom 26. Juni 2012 (BAnz. AT 13. Juli 2012 B3), bei der Weitergabe von Dienstleistungen die Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL), Teil B, Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) vom 05. August 2003 zum Vertragsbestandteil zu machen (§ 9 Abs. 3 Nr. 4 TTG),</p>
<p>h) den Nachunternehmern keine, insbesondere hinsichtlich der Zahlungsweise, ungünstigeren Bedingungen aufzuerlegen, als sie zwischen dem mir/uns und dem Auftraggeber vereinbart werden (§ 9 Abs. 3 Nr. 5 TTG).</p>

<p>4 Prüfung des Auftraggebers bei unangemessen niedrigen Angeboten Erscheint dem Auftraggeber der Endpreis oder die Kalkulation der Arbeitskosten in dem Sinne ungewöhnlich niedrig, dass Zweifel an der Einhaltung der Pflichten aus einer Tariftreueerklärung nach</p>
--

§ 4 TTG bestehen und führt er deswegen eine Prüfung durch, verpflichte ich mich/verpflichten wir uns, dem Auftraggeber Unterlagen vorzulegen, aus denen ersichtlich ist, dass im Rahmen der dem Angebot zugrunde liegenden Kalkulation zumindest die Mindeststundenentgelte und die Mindestarbeitsbedingungen bzw. der vergabespezifische Mindestlohn im Sinne des § 4 TTG berücksichtigt worden sind. Bei Bedarf werde ich/werden wir die Unterlagen erläutern (§ 10 Abs. 2 TTG).

5 Kontrolle durch den Auftraggeber

Ich verpflichte mich / Wir verpflichten uns,

- a) dem Auftraggeber bei einer Kontrolle die Entgeltabrechnungen, die Unterlagen über die Abführung von Steuern, Abgaben und Beiträgen gemäß § 7 TTG sowie die zwischen mir/uns und Nachunternehmern abgeschlossenen Verträge vorzulegen, damit der Auftraggeber die Einhaltung der mir/uns sowie den Nachunternehmern und den Verleihern von Arbeitskräften auf Grund des Tarifreue- und Vergabegesetzes Schleswig-Holstein auferlegten Verpflichtungen prüfen kann. Auf Verlangen des Auftraggebers werde ich weitere Auskünfte erteilen (§ 11 Abs.1 S. 1 und S. 2 TTG),
- b) meine/unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf die Möglichkeit solcher Kontrollen durch den Auftraggeber hinzuweisen (§ 11 Abs. 1 S. 3 TTG),
- c) dem Auftraggeber ein entsprechendes Auskunfts- und Prüfrecht bei der Beauftragung von Nachunternehmern und von Verleihern von Arbeitskräften einräumen zu lassen (§ 11 Abs. 1 S. 4 TTG),
- d) bei der Vergabe von Dienstleistungen gemäß § 2 Abs. 1 und Abs. 3 TTG, deren Vertragslaufzeit länger als drei Jahre andauert, für mich/uns sowie die eingeschalteten Nachunternehmer und Verleiher von Arbeitskräften entsprechend § 9 Abs. 1 TTG jeweils mit Ablauf von drei Jahren für die gesamte Vertragslaufzeit eine Eigenerklärung darüber abzugeben, dass zumindest die der abgegebenen Verpflichtungserklärung gemäß § 4 TTG zugrunde gelegten Mindestentgelte und Mindestarbeitsbedingungen oder der vergabespezifische Mindestlohn noch gewährt werden (§ 11 Abs. 2 TTG),
- e) vollständige und prüffähige Unterlagen zur Prüfung der Einhaltung der Vorgaben des § 4 TTG bereitzuhalten und auf Verlangen dem Auftraggeber binnen einer angemessenen Frist vorzulegen und zu erläutern. Ich werde/Wir werden die Einhaltung dieser Pflicht durch die beauftragten Nachunternehmer und Verleiher von Arbeitskräften entsprechend § 9 Abs. 1 TTG sicherzustellen (§ 11 Abs. 3 S. 1 TTG).

6 Sanktionen

- a) Ich verpflichte mich/Wir verpflichten uns, für jeden schuldhaften Verstoß gegen die Verpflichtungen aus einer Verpflichtungserklärung nach § 4 TTG eine Vertragsstrafe in Höhe von ein Prozent des Netto-Auftragswerts, bei mehreren Verstößen zusammen bis zur Höhe von fünf Prozent des Netto-Auftragswerts, zu zahlen. Diese Verpflichtung gilt auch für den Fall, dass der Verstoß durch einen von mir/uns eingesetzten Nachunternehmer oder einen von diesem eingesetzten Nachunternehmer oder von einem Verleiher von Arbeitskräften begangen wird, es sei denn, dass ich/wir den Verstoß bei Beauftragung des Nachunternehmers und des Verleihers von Arbeitskräften nicht kannte(n) und unter Beachtung der Sorgfaltspflicht eines ordentlichen Kaufmanns auch nicht kennen musste(n) - § 12 Abs. 1 TTG.
- b) Die schuldhafte Nichterfüllung der Verpflichtungen aus einer Verpflichtungserklärung nach § 4 TTG durch den Auftragnehmer, seine Nachunternehmer und die Verleiher von Arbeitskräften sowie schuldhafte Verstöße gegen die Verpflichtungen des Auftragnehmers aus § 9 Abs. 1 TTG berechtigen den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung des Bau- oder Dienstleistungsvertrags oder zur Auflösung des Dienstleistungsverhältnisses (§ 12 Abs. 2 TTG).
- c) Mir/uns ist bekannt, dass bei einem nachweislichen Verstoß gegen die Verpflichtung aus einer Verpflichtungserklärung nach § 4 TTG oder gegen eine Verpflichtung aus § 9 Abs. 1 S. 1 TTG der Auftraggeber mich/uns wegen mangelnder Eignung für die Dauer von bis zu drei Jahren von der Teilnahme am Wettbewerb um Aufträge ausschließen soll (Auftragssperre) - § 13 Abs. 1 S. 1 TTG.

7 Überprüfung durch die zuständige Behörde Ich verpflichte mich / Wir verpflichten uns,
a) der zuständigen Behörde für mich/uns und meine/unsere Nachunternehmer und den Verleihern von Arbeitskräften vollständige, aktuelle und prüffähige Unterlagen für die Überprüfungen nach § 15 Abs. 2 bis Abs. 5 TTG bereitzuhalten und diese Unterlagen auf Verlangen der zuständigen Behörde unverzüglich zur Überprüfung vorzulegen; dies kann auch eine Überprüfung vor Ort beinhalten (§ 15 Abs. 1 und Abs. 3 S. 1 TTG),
b) auf Anforderung der zuständigen Behörde zusätzliche Unterlagen vorzulegen und Auskünfte zu erteilen (§ 15 Abs. 2 TTG).

(Ort / Datum)

Unterschrift Bieter *)

*) Nur erforderlich, wenn die Verpflichtungserklärung nicht gleichzeitig mit dem Angebot vorgelegt wird

(Ort / Datum)

Unterschrift Nachunternehmer

(Ort / Datum)

Unterschrift Verleiher von Arbeitskräften

Anlage zu 1D Eigenerklärung zur Zahlung von Steuern und Sozialabgaben

Mit der Abgabe unseres Bewerbungsbogens erkläre(n) ich/wir, dass mein/unser Unternehmen der Zahlung von Steuern an das zuständige Finanzamt und von Sozialabgaben an die Sozialkassen zeitgerecht in voller Höhe nachkommt.

(Im Falle der Auswahl zur Abgabe eines Angebotes muss diese Eigenerklärung durch Kopien der Unbedenklichkeitsbescheinigungen vom zuständigen Finanzamt und der Sozialkassen unverzüglich nachgewiesen werden. Ersatzweise gilt eine Bescheinigung über die Zahlungen durch den Steuerberater.)



(Ort / Datum)



(Firmenstempel / Name und Unterschrift)

Anlage zu 1E - Vollmacht des Vertreters im Falle einer Bietergemeinschaft

Vollmacht Bewerber-/ Bietergemeinschaft

Die unten bezeichneten Mitglieder der Bietergemeinschaft erklären, dass sie für die Vertragserfüllung als Gesamtschuldner haften.

Herr / Frau

--

wird von uns bevollmächtigt, die Bietergemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber für die Abgabe des Angebotes, den Abschluss und die Durchführung des Vertrages rechtsverbindlich zu vertreten. Er/Sie ist berechtigt, mit uneingeschränkter Wirkung für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft Zahlungen anzunehmen. Zahlungen an die Bietergemeinschaft sind auf folgendes Konto zu leisten:

IBAN:

--

BIC:

--

Steuer-ID:

--

Außerdem erklären wir, dass wir nur als Mitglieder dieser Bietergemeinschaft ein Angebot abgegeben haben und dass sich kein Mitglied aus dieser Bietergemeinschaft daneben noch mit einem eigenen Angebot oder in einer weiteren Bietergemeinschaft um den Zuschlag derselben Leistung beworben hat. Uns ist bekannt, dass bei Doppelabgabe die Angebote vom Vergabeverfahren auszuschließen sind.

Der Bietergemeinschaft gehören an:

<i>Unternehmen 1:</i>			
Datum:		rechtsverbindliche Unterschrift:	

<i>Unternehmen 2:</i>			
Datum:		rechtsverbindliche Unterschrift:	

<i>Unternehmen 3:</i>			
Datum:		rechtsverbindliche Unterschrift:	

Ggf. Fortführung dieser Auflistung auf einem weiteren Blatt.

Anlage zu 1F - Angaben zu Auftragsanteilen im Falle einer Bietergemeinschaft

Angaben zu Auftragsanteilen in einer Bewerber-/ Bietergemeinschaft

Auftragsanteil (Leistungsbereich, ggf. Angabe der LPH):	Unternehmen:

(Ort / Datum)

(Unterschrift bevollmächtigter Vertreter)

Anlage zu 1G - Angaben zur Leistungsbereitstellung im Falle einer Unterbeauftragung

Erklärung über die Leistungsbereitstellung im Auftragsfalle

Hiermit erklären wir, dass wir im Auftragsfalle im VgV-Verfahren

Neubau der Kreisverwaltung Steinburg in Itzehoe - Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI

für den Bewerber

(Name des Bewerbers/Auftraggebers des unterbeauftragten Büros angeben)

als Unterauftragnehmer die Leistungen

(Leistungen angeben, die unterbeauftragt werden sollen)

übernehmen und im erforderlichen Leistungszeitraum das vorgesehene Fachpersonal für die Auftragsbearbeitung zur Verfügung stellen werden.

(Ort / Datum)

(Firmenstempel / Name und Unterschrift)

VORLAGE ZUR KENNZEICHNUNG DES UMSCHLAGS MIT DER BEWERBUNG

Die Bewerbung ist bis spätestens zum **11.07.2017 um 11.00 Uhr** in einem geschlossenen Umschlag einzureichen bei:

Kreisverwaltung Steinburg
Karlstraße 13
z. Hd. Herrn Traetow
25524 Itzehoe
Deutschland

Bitte schneiden Sie den untenstehenden Abschnitt aus und kleben ihn auf Ihre Bewerbung.



BITTE NICHT ÖFFNEN

TEILNAHMEANTRAG

6146/98/St/2017

Einreichtermin: **11.07.2017 bis 11.00 Uhr**

Einreichort: **Kreisverwaltung Steinburg
Karlstraße 13
z. Hd. Herrn Traetow (Vergabestelle)
25524 Itzehoe
Deutschland**

Vorhaben: **Neubau der Kreisverwaltung Steinburg in Itzehoe
- Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI**

Farbe bitte beibehalten!

Es wird darum gebeten die Bewerbungsunterlagen **nicht auf Fotopapier** zu drucken und **ungebunden** (z.B. keine Ringbindung) einzureichen.